



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/286 - 13.12.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039 690

Wachsendes Unbehagen über Westverträge	S. 1
Nordafrika in Bewegung	S. 3
Die strittigen SRF-Stimmen in Niedersachsen	S. 5
<u>Anhang:</u> Mißbilligung - Rechtsstaatliches Ver- fahren - Neuwahlen (Beschlüsse des Partei Vorstandes)	

Außenpolitische Substanzverluste

(sp) Die Erkenntnis, daß das System der Westverträge im Grunde genommen veraltet ist und in keiner Weise mehr den deutschen und europäischen Notwendigkeiten entspricht, ist nicht mehr Allgemeingut der deutschen Sozialdemokratie. Inhalt und Form dieser Verträge wurden vor zwei Jahren auf der Washingtoner Außenministerkonferenz bestimmt. Seitdem blieb die Zeit nicht stehen. Die Pläne, die die Westmächte unter dem Eindruck der Schockwirkung der Koreakrise faßten, werden allenthalben revidiert.

Erst dieser Tage erfolgte in Großbritannien eine nochmalige, beträchtliche Abänderung des Rüstungsprogramms. Die USA denken nicht mehr daran, das europäische Hilfsprogramm in alter Höhe aufrecht zu erhalten. Empfindliche finanzielle Kürzungen sind für die kommenden Jahre vorgesehen. Das Programm der NATO, bis Ende 1954 90 Divisionen aufzustellen, blieb ein Phantasieprodukt. Die Baumeister des Atlantikpaktes sehen sich genötigt, ihre Pläne mehr den gegebenen Tatbeständen anzupassen. Die Wirklichkeit erwies sich wieder einmal als der größere Lehrmeister. Soll von dieser Entwicklung ausgerechnet das System der Westverträge unangetastet bleiben ?

Walter Lippmann, der einflußreiche amerikanische Kommentator,

von dem man sagt, er gebe die Gedanken der künftigen republikanischen Regierung Eisenhower wieder, ist heute von der Unbrauchbarkeit der Verträge ebenso überzeugt, wie die deutsche Opposition. Er hält sie für ungeeignet als Instrument einer wirksamen, gesamteuropäischen Politik. Den Schöpfern dieser Verträge macht er zum Vorwurf, daß sie zu voreilig handelten, als sie die von der Bundesregierung angebotene Bereitschaft eines deutschen Verteidigungsbeitrages annahmen, ohne dabei die innerdeutschen und europäischen Aspekte genügend zu berücksichtigen. Nur Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik auf völlig neuer Grundlage, im Lichte der Erfahrungen der letzten Jahre, können nach seiner Meinung noch die gefährlichen Fehler gutmachen, die bisher gemacht wurden und eine Entwicklung verhindern, die mehr Gefahren als Sicherung für die Zukunft Europas und der Weltdemokratie enthält.

Das ist eine sehr gewichtige Stimme und symptomatisch für die Unruhe und das Unbehagen im Westen. Dieses Unbehagen hat in den letzten Wochen neuen Auftrieb erhalten. Die Außenpolitik der Bundesregierung ist bei den westlichen Verhandlungspartnern im Kurs erheblich gesunken. Es war für das Ausland kein erfreuliches Schauspiel zu sehen, wie die Bundesregierung versuchte und versucht, unter Druck auf die verfassungsmäßigen Instanzen ihre Pläne durchzusetzen. Davon abgesehen verliert jede deutsche Unterschrift unter ein internationales Abkommen an Wert, wenn sie gegen den Willen einer staatstragenden und staaterhaltenden Opposition, die in diesem Falle ganz gewiß für die Mehrheit der Bevölkerung spricht, geleistet worden ist. Der Londoner konservative "Daily Express" schrieb: "Ein Friedensvertrag, der auf solche Weise durchgedrückt wird, ist doch wohl kaum Wert, deswegen britische Leben in Gefahr zu bringen".

Innen- und Außenpolitik sind die beiden Kehrseiten einer Medaille. Man kann nicht nach außen hin der friedliche, zur Zusammenarbeit bereite und von Europabegeisterung erfüllte Verhandlungspartner sein, wenn man im Inneren den autoritären Kurs einschlägt und die Mißachtung gegenüber der Demokratie und der zu ihrem Schutz eingesetzten Institutionen so bekundet, wie es die Adenauer-Regierung in den letzten Wochen getan hat. Das sind moralische Defekte. Die Befürchtung, daß die von Adenauer offen zur Schau getragene Mißachtung der verfassungsmäßigen Gewalten einen Weg freilegt, den eines Tages Anhänger des Putschgedankens einschlagen könnten, findet heute schon in der Weltöffentlichkeit ihren Niederschlag in dem Verlangen, noch mehr Sicherungen gegen das deutsche Volk einzuschalten, als es ohnehin schon geschah.

Jeder Zweifel an der Wirksamkeit der deutschen Demokratie und an ihrer Lebensfähigkeit dort, wo sie sich frei entfalten kann, muß sich mit der Zeit zu tödlichem Mißtrauen auswirken. Die Chancen des deutschen Volkes, als gleichberechtigter Partner, als Freier unter Freien, in die Gemeinschaft der Völker einzutreten, hängen von dem Maße des Vertrauens ab, das man einem demokratischen, erneuerten Deutschland entgegenbringt. Die Politik der Bundesregierung war und ist nicht geeignet, dieses Vertrauen zu schaffen.

Unrast in Nordafrika

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Es ist das erste Mal in der nordafrikanischen Geschichte, daß Vorgänge in Tunesien eine Rückwirkung auf Marokko gehabt haben. In Paris erklärt man dies mit zweckbestimmter nationalistischer oder kommunistischer Propaganda. Es ist aber eine alte politische Erfahrung, in Afrika wie in anderen Kontinenten, daß Propaganda allein die Massen nicht in Bewegung bringt, wenn nicht sozialer oder politischer Zündstoff bereits vorhanden ist.

In Marokko ist derzeit der Mindestlohn für Handlanger 47 Franken pro Stunde, während man im benachbarten Algerien bereits über 60 Franken zahlt. Ein gelernter europäischer Mechaniker aber kann es zu 500 Franken in der Stunde bringen. Der soziale Zündstoff wird von der Patrizierpartei Istichlal (Unabhängigkeit) ebenso wie von den, vorwiegend auf gewerkschaftlichem Gebiet operierenden, Kommunisten mißbraucht. Doch all dies alleine erklärt noch nicht die spontane Heftigkeit der Ausschreitungen und Proteststreiks in Marokko, als die Ermordung des tunesischen Gewerkschaftsführers Hasched bekannt wurde.

Zum ersten Mal hat sich eine spontane Auswirkung tunesischer Vorgänge in Marokko, und, in weit geringerem Umfange, in Algerien gezeigt. In der Auswertung dieser Tatsache ließen die, an sich nicht sonderlich einflußreichen Kommunisten nicht auf sich warten. Und dies, obwohl Ferhat Hasched und mit ihm die gesamte Tunesische Gewerkschaftsunion (U.G.T.T.) mit der kommunistischen Bewegung Tunesiens keineswegs auf gutem Fuße standen.

Die Tunesische Gewerkschaftsunion, deren Generalsekretär Hasched gewesen war, trat bald nach ihrer Gründung aus dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund aus und nahm die Verbindung mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften auf. Die Tunesische Gewerkschaftsunion war und ist die einzige Arbeiterorganisation Nordafrikas, die sich ausschließlich aus eingeborenen Arbeitern rekrutiert und in klarer Opposition zu den Kommunisten steht. Man

sollte meinen, daß eine solche außergewöhnliche Lage die Protektoratsmacht Frankreich, in deren eigenen Grenzen sogar die Polizeibeamten zu einem nicht geringen Teil in kommunistischen Verbänden organisiert sind, zu einer vorsichtigen Taktik veranlassen würde.

Das Gegenteil ist der Fall. Seit der brüsken Ablehnung aller tunesischen Verfassungswünsche durch Außenminister Schuman lebt Tunesien im Zustand ständiger Spannung und blutiger Ereignisse, die zu einem wahren Kriegszustand zwischen dem europäischen und dem arabischen Bevölkerungsteil geführt haben. Ohne der - voraussichtlich ergebnislosen - Untersuchung des Mordes an Hasched vorzugreifen, kann bereits gesagt werden, daß er zweifelsohne dem blindwütigen Haß der meisten tunesischen Europäer gegenüber den "schmutzigen Arabern" zum Opfer fiel.

Das Einzige, was der Protektoratsverwaltung in dieser kritischen Lage einfiel, war die Deportierung in den fernen - und derzeit eisigkalten - Süden aller irgendwie mit der Nationalbewegung und der Tunesischen Gewerkschaftsunion maßgeblich in Verbindung stehenden Personen, und die Bestattung des Ermordeten in seinem Heimatdorf, gegen den Willen seiner Frau und der Gewerkschaftsunion. Diese Haltung des französischen Residenten ist nicht nur politische Grobklotzigkeit im Moment höchster Spannung, sondern zugleich auch Ausdruck einer Politik - der unbirrbar und unwandelbar durchgeführten Politik des Festhaltens an der im Weltmaßstab unmodern gewordenen Konzeption der europäischen Vorherrschaft im kolonialen Raum.

+ + +

Die strittigen SRP-Mandate in Niedersachsen

E.A. Im niedersächsischen Landtag wird man sich am Mittwoch mit der Auswirkung des Fortfalls der 16 SRP-Mandate auf die Zusammensetzung des Landtages beschäftigen. Es liegen zwei Entwürfe für ein Ergänzungsgesetz zum Wahlgesetz vor. Der eine Entwurf, eingebracht von der CDU/DP und FDP, sieht Neuwahl in den vier Wahlkreisen vor, in denen die SRP-Kandidaten direkt gewählt wurden und verlangt nach diesen vier Wahlen eine neue Verrechnung aller Reststimmen. Man hat sich dabei schon für die CDU/DP fünf und für den

BHE drei neue Mandate ausgerechnet. Da die Sozialdemokraten sämtlich direkt gewählt wurden, scheiden sie bei der neuen Verrechnung der Reststimmen aus. Das ist auch der eigentliche Sinn des Gesetzentwurfs dieser Parteien: Eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse zugunsten der "Niedersächsischen Union".

Von der Regierung ist ein anderer Gesetzentwurf eingebracht worden, der davon ausgeht, daß durch das Urteil des Verfassungsgerichtes alle für die SRP abgegebenen Stimmen ungültig sind und ebenso wenig berücksichtigt zu werden brauchen, wie andere ungültige Stimmen. Die Niedersächsische Union (CDU/DP) war in den vier Wahlkreisen Diepholz, Lüneburg-Land, Bremervörde und Land Hadeln überall direkt hinter der SRP die stärkste Partei und soll nun die Mandate dieser Wahlkreise direkt erhalten. Aus der Verrechnung der Reststimmen (bei Fortfall der 370000 für die SRP abgegebenen Stimmen) erhielte dann der BHE vier, die NU (CDU/DP) ein, FDP zwei, Zentrum und KP je ein zusätzliches Mandat. Die jetzt gültige Zahl von 142 Mandaten würde sich also auf 151 erhöhen.

In Landtagskreisen wird angenommen, daß sich für die Gesetzesvorlage der Regierung eine Mehrheit finden wird, weil BHE und Zentrum dadurch keine Nachteile haben. Die Union hat sich die Möglichkeit, mit dem Mandatserwerb der KP Agitation gegen die niedersächsische Regierungskoalition treiben zu können, selbst verbaut, denn sie gab zugleich mit ihrem eigenen Gesetzentwurf am 3. Dezember bekannt, daß ein weiterer KP-Abgeordneter, der auch nach ihrem Entwurf in den Landtag käme, "ohne praktische Bedeutung" sei.

Wenn der Gesetzentwurf der niedersächsischen Regierung vom Landtag angenommen wird, ändert sich am Verhältnis der jetzigen Koalition SPD/BHE/Zentrum nichts zu den Oppositionsparteien CDU/DP, FDP, KP. Die Koalition würde dann mit 88 Abgeordneten (SPD 61, BHE 22, Zentrum 5) 63 Abgeordneten der Oppositionsparteien gegenüberstehen. Das sind aber Wahrscheinlichkeitsrechnungen. Einstweilen steht nur fest, daß der Landtag aus 142 Abgeordneten besteht.

Verantwortlich: Peter Raunau

Missbilligung - Rechtsstaatliches Verfahren - Neuwahlen

Der Vorstand der SPD trat am 12. Dezember 1952 zusammen, um die politische Lage zu erörtern. An der Sitzung nahmen auch die Mitglieder des Vorstandes der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und die Mitglieder einiger Länderregierungen teil. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Entwicklung der Auseinandersetzung über die Verträge von Bonn und Paris, die durch die Massnahmen des Bundeskanzlers zu einer Verfassungskrise geführt haben.

Der Vorstand der SPD erklärt:

Der Bundeskanzler versucht ohne Rücksicht auf das Grundgesetz und auf die aussenpolitischen Tatbestände, die Ratifikation der Verträge durch Praktiken zu erzwingen, die für die Demokratie verhängnisvoll sind.

Er hat sich dabei nicht gescheut, den Herrn Bundespräsidenten und das Bundesverfassungsgericht in die politische Auseinandersetzung hineinzuziehen. Er hat damit die Funktionen wichtigster Faktoren der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik in Frage gestellt. Um eine Regierungskrise abzuwenden, ist eine Verfassungskrise heraufbeschworen worden.

Die SPD wird den Bundestag auffordern, zu misbilligen, dass der Bundeskanzler es unternommen hat, dem Bundespräsidenten und das Bundesverfassungsgericht in den Dienst seiner politischen Absichten zu stellen, und so die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik ernsthaft zu gefährden.

Die über die Verträge zu fällende politische Entscheidung kann nicht ausserhalb der Verfassung gefällt werden. Verträge, deren Verfassungsmässigkeit nicht in einem rechtstaatlichen Verfahren durch das Bundesverfassungsgericht mit Gesetzeskraft festgestellt ist, wären ohne Verbindlichkeit.

Die durch die Politik des Bundeskanzlers geschaffene Ausweglosigkeit kann nur durch Neuwahlen überwunden werden. Nur ein neu gewählter Bundestag kann die Vertrauensgrundlage schaffen, ohne die weder verfassungsrechtliche, noch grundlegende aussenpolitische Entscheidungen mit Aussicht auf Bestand getroffen werden können.